

## **Anhörung der Städte und Gemeinden zur Kreisumlage 2024 gemäß § 55 Abs. 2 Kreisordnung NRW**

Ulrich Berghof, Bürgermeister der Stadt Drolshagen, diesjähriger Vorsitzender der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz im Kreis Olpe, nimmt stellvertretend für alle Bürgermeister im Kreis Olpe Stellung.

Sehr geehrter Herr Landrat Melcher, lieber Theo,

sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Kreistages,

eigentlich sind wir ja eins: Städte und Gemeinden mit grundlegenden Leistungen ihrer Rathäuser und der Kreis Olpe mit den Produkten seiner Kreisverwaltung. Wir alle sind Kommunalkörperschaften und haben **denselben Rang**.

Daneben nimmt der Kreis auch höherrangige Aufgaben wahr, z. B. wenn der Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde agiert. Nur dann gibt es zwischen uns ein Über- und Unterordnungsverhältnis. Ansonsten und damit im Regelfall arbeiten wir auf **Augenhöhe**.

Gegen die jährliche Festsetzung der Kreisumlage haben die Kommunen trotz allem kaum wirksame Rechtsmittel. § 55 der Kreisordnung NRW regelt eine gewisse Beteiligung. Danach erfolgt die Festsetzung der Kreisumlage **im Benehmen mit den kreisangehörigen Gemeinden**.

Wenn Sie als Kreistag des Kreises Olpe mit uns "im Benehmen" handeln würden, bedeutete dies, dass Sie unsere Mitteilungen nicht nur lesen bzw. hören. Sie müssten sie auch **ernsthaft in Betracht ziehen**, bevor Sie Ihre Entscheidung treffen. Das Benehmen dient damit auch der Berücksichtigung unserer Positionen und letztlich unserer Leistungsfähigkeit.

In letzter Zeit wurde öffentlich viel über die **Demokratie** gesprochen. Ihr Wert und ihre Notwendigkeit wurden betont. Das war und ist absolut richtig und wichtig. Demokratie zeigt sich aber nicht nur in von dem weit überwiegenden Teil von uns gewünschten Demonstrationen gegen Rechtsradikalismus oder ist „nice to have“, sie ist **unbequem und bedeutet zuweilen auch intensiven Streit**.

Auch die Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen im Rahmen der Festsetzung der Kreisumlage erfolgt in einem demokratischen Prozess. Sie wahrzunehmen bedeutet nicht, dass, wie in der Zeitung zu lesen war, **fahrlässig eine Kontroverse aufgebaut wird**. Stattdessen ist es in unserem System unumgänglich, gegenläufige Meinungen zu äußern und Hinweise zu geben. Wir bitten Sie sehr und fordern gleichzeitig intensiv dazu auf, unsere Mitteilungen ernst zu nehmen.

Wir, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, haben in den letzten Jahren stets Stellungnahmen zum Kreishaushalt und zur Festsetzung der Kreisumlage abgegeben. Mehrfach wurden Einwendungen erhoben.

Unsere zahlreichen Appelle zur Eindämmung der zunehmend ausufernden Zahllast und der damit einhergehenden Überstrapazierung der Städte und Gemeinden prallten **an allen Fraktionen** hier ab und verhallten fruchtlos. Teilweise ließen die Wortlaute der Rückmeldungen aus diesem Haus auf „**Majestätsbeleidigung**“ schließen.

So wie wir hörten, haben einzelne von Ihnen unsere diesjährige Stellungnahme als despektierlich empfunden. Eine solche Wirkung war und ist nicht beabsichtigt. Uns ist weiterhin an einem respektvollen Umgang mit Ihnen gelegen. Dies sei ausdrücklich versichert!

Mit der heutigen **Anhörung** nehmen wir erstmalig ein weiteres unserer Rechte in Anspruch. Hintergrund ist vor allem die sich in diesem und den nachfolgenden Haushaltsjahren explosionsartig in die Höhe entwickelnde Kreisumlage. Diese Belastung ist nicht konjunkturell, sondern strukturell. Sie ist gekommen, um zu bleiben. Sie bereitet uns erhebliche Sorgen. Vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren sehen wir **keine andere Möglichkeit mehr, bei Ihnen durchzudringen.**

Gerne weise ich auf unsere **große Einigkeit** hin. Wir machen gemeinschaftlich, – sieben Bürgermeister über Parteigrenzen hinweg –, stellvertretend für 135.000 Einwohnerinnen und Einwohner - von unserem Recht Gebrauch, die Stimme zu erheben.

Sollten Sie nun feststellen, dass wir nur eine Grenze zwischen zwei Parteien zu überwinden haben, liegt das nicht an uns. Wählerinnen und Wähler haben bestimmt, wer Bürgermeister sein soll. Demokratie eben.

Sie fragen sich, warum wir 135.000 Einwohnerinnen und Einwohner vertreten? Gegen die über uns hereinbrechende Kreisumlage kann kaum noch angespart werden. Unmittelbare Folge wird sein, dass Steuern in den nächsten Jahren massiv ansteigen werden. Diejenigen, die es bezahlen müssen, sind ansässige Unternehmen und die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger. **Deren Interessen vertreten wir! Wer denn sonst?!**

Sie fragen sich und teilweise auch uns, wer die diesjährige Stellungnahme zum Kreishaushalt verfasst hat. Die Antwort ist gleich wie in jedem Jahr: Sie ist ein gemeinsames Produkt aller. Von fachkundigen Kämmerern vorformuliert, mit diesen diskutiert und seitens der Bürgermeister mit Unterzeichnung abschließend verantwortet.

Meinen heutigen Redebeitrag habe ich ebenfalls mit den Kollegen abgestimmt und deren Anregungen einfließen lassen. Auch hier sprechen wir mit einer Stimme.

Grundsätzlich passt auch zwischen uns - Kommunen und den Kreis - fast kein Blatt Papier. Die Zusammenarbeit mit Landrat Theo Melcher und seiner Kreisverwaltung funktioniert zum Wohle aller reibungslos und zielführend, insgesamt betrachtet mehr als gut. Wir profitieren von wertvollen Ideen und lassen uns in wichtigen Bereichen, wie zuletzt der EEBE oder der Klimaagentur, gerne mitnehmen. **Ein großes Dankeschön dafür!**

Einmal im Jahr, - nicht zwingend, aber scheinbar doch unumgänglich -, öffnet sich die Schere zwischen uns, nämlich dann, wenn es um´s liebe Geld geht. Manche Dinge, die sich hier beim Kreis Olpe abspielen, können wir nicht nachvollziehen. Auf unsere Stellungnahme nehme ich in diesem Zusammenhang Bezug. Sie liegt Ihnen allen seit längerer Zeit vor.

Landrat Theo Melcher erwähnt zurecht und glaubhaft immer wieder, dass wir **allesamt über unsere Verhältnisse leben**. Wir teilen diese Auffassung. Allerdings stellen wir aktuell nicht fest, dass für den Kreis Olpe die Erkenntnis des Landrats der erste Weg zur Besserung wäre.

Der Kreis Olpe – Kreistag und Kreisverwaltung – erlaubt sich jährlich ein **erhebliches Polster**. Die stets deutlich über Plan ausfallenden Jahresabschlüsse sind nicht in jedem Fall das Ergebnis einer bedächtigen Haushaltsführung. Sie sind auch und vor allem das Resultat

einer sehr vorsichtigen, keinesfalls auf Kante genähten Planung. Die hier praktizierte Bildung von Ansätzen lässt Ihnen allen unterjährig erhebliche Spielräume. Darüber hinaus winken am Jahresende aufgrund hoher nicht verbrauchter Haushaltsmittel freudige Gesichter in der hiesigen Verwaltungsspitze, dem Kreistag und auch bei uns Bürgermeistern. Win-win-win könnte man eigentlich meinen. Aber nur eigentlich, denn dieses Vorgehen führt zu vermeidbaren Schwierigkeiten. Auf der Grundlage der mehr als auskömmlichen Planung legen Sie die Kreisumlage fest. Städte und Gemeinden leisten nachfolgend unnötig hohe Zahlungen an die Kreiskasse. Trotz knapper eigener Budgets strecken wir das Geld auch noch vor. Das kann nicht richtig sein! Daher unsere Forderung:

**Lassen Sie doch auch mal die Luft aus Ihren Haushaltsansätzen!**

Und damit ist nicht nur ein globaler Minderaufwand von 1-2 %, sondern deutlich mehr gemeint.

Den Druck, den wir in zunehmend schlechteren finanziellen Zeiten spüren, bekommen Sie als Kreistag keinesfalls in dem Ausmaß mit, in dem er uns trifft. Das merkt man. Hier ist scheinbar finanziell noch heile Welt. Dieser Druck aber ist das Regulativ, das wir alle in diesen Zeiten brauchen, um die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Anhand einzelner Beispiele möchte ich belegen, dass Sie offensichtlich anders unterwegs sind als wir:

Einen Ansatzpunkt für eigene, wirkungsvolle Konsolidierungsmaßnahmen im Kreishaushalt sehen wir, wie auch schon in den Stellungnahmen der Vorjahre thematisiert, bei den Personalaufwendungen.

Der Stellenplan wird kontinuierlich erheblich ausgeweitet. In den letzten zehn Jahren hat der Kreis Olpe 148 zusätzliche Stellen geschaffen und damit seinen Stellenplan um fast ein Drittel ausgeweitet.

Im Haushaltsentwurf wird stets eine vermeintliche Zurückhaltung bei der Stellenplanentwicklung ausgewiesen. Dann aber werden regelmäßig unterjährig erhebliche Ausweitungen vorgenommen und damit unveränderbare Fakten geschaffen. So wurde allein im Laufe des Jahres 2023 eine Erweiterung des Stellenplans um 19 Vollzeitstellen vorgenommen.

Stadt- und Gemeindeverwaltungen erleben dieselben krisenhaften Zeiten und damit verbundene Aufgabenzuwächse wie Sie: Solche gewaltigen Ausweitungen in unseren Personaletats wären aber völlig undenkbar. Bei uns wird zusätzlichen Aufgaben in der Regel nicht mit Stellenausweitungen begegnet, sondern mit Reorganisation, gezielten Geschäftsprozessoptimierungen und zuletzt immer häufiger einer Priorisierung der Aufgabenerledigung.

Aus vorgenannten Gründen haben wir mit unserer Stellungnahme eine förmliche Einwendung gemäß § 55 Absatz 2 Satz 3 der Kreisordnung NRW erhoben. Es muss, wie in anderen Kreisen bereits praktiziert, möglich sein, insbesondere durch eine veränderte Bewirtschaftung und eine verzögerte Besetzung von Stellen deren Anzahl zu deckeln oder zumindest zu begrenzen.

### **Aber nicht nur das.**

Mit Ihren Beschlüssen sorgen Sie u. a. dafür, dass Leistungen im sozialen Bereich weiter ausgebaut werden. **Alles ist wichtig. Am besten von allem noch etwas mehr.** Ein Beispiel:

Sie stellen für Kinder, deren Eltern bis 37.000 Euro jährlich verdienen, den Besuch einer Kindertagesstätte in der ohnehin sehr beschränkten beitragspflichtigen Zeit zusätzlich beitragsfrei. In Anträgen einzelner Fraktionen sollten sogar noch weitaus höhere Einkommen keine Beiträge zahlen. Darüber hinaus fordern Sie die Landesregierung auf, auch das dritte Kita-Jahr vor der Einschulung in ganz Nordrhein-Westfalen beitragsfrei zu stellen, sowie eine kostenlose Verpflegung einzuführen.

**Auch hier: Von allem etwas mehr, sogar über den eigenen Haushalt hinaus!**

Sie tun hier offensichtlich etwas für das Wohl unserer Kinder. Das ist gut. Wer könnte etwas dagegen sagen. Dabei lassen Sie jedoch außer Betracht, dass das, was nichts kostet, auch nichts ist. Ihr Beschluss führt zu Fehlanreizen, nämlich dazu, dass Eltern eine hohe Stundenanzahl buchen, obwohl ggf. nur weniger Stunden benötigt werden. **Es kostet ja nichts.**

Zusätzlich schlimm wirkt, dass sie zwar über zusätzliche Leistungen, aber keinesfalls auch nur annähernd in der gleichen Intensität über deren Finanzierung diskutieren.

Anstatt den Kommunen zu helfen, die vor allem durch die Kreisumlage entstehende Schuldenlast der Zukunft zu begrenzen, verwenden Sie das Geld, um zumindest in Teilbereichen nicht wirksame Wohltaten zu verteilen.

Bitte denken Sie darüber nach, ob das richtig sein kann. Falls Sie weiterhin zu dem Schluss kommen, dass die Leistung gewährt werden muss, suchen Sie bitte nach einer **Kompensation der Aufwendungen im Haushalt des Kreises Olpe.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch Bürgermeister sind sich nicht immer einig: Einzelne von uns hätten sich über die Errichtung einer biologischen Station im Kreis Olpe gefreut. Gemeinsam sind wir allerdings der Auffassung, dass vor dem Hintergrund der explodierenden Kreisumlage und den mit der Station verbundenen dauerhaften Belastungen keine Gelder für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden sollten. Hier hat sich der Kreistag richtigerweise gegen etwas entschieden, dass alle anderen Kreise in NRW bereits auf den Weg gebracht haben. Das Vorgehen der anderen war hier kein Argument für Sie.

**Viel leichtfertiger und für uns überhaupt nicht nachvollziehbar**, folgen Sie an anderer Stelle dem, was angeblich andere Kreise im Verbandsgebiet der S-IT zuvor bereits beschlossen haben und Bezirksregierung Arnsberg und ein Landesministerium angeblich als bürgerfreundlich begrüßen.

Services der Kfz-Zulassung erfolgten aufgrund der Cyberattacke auf die S-IT für mehrere Wochen in Dienststellen des Oberbergischen Kreises. Mitarbeitende des Kreises Olpe fuhren dort hin und wurden tätig. Die Gebühren wurden richtigerweise vollständig durch den Nachbarkreis vereinnahmt. Für den Kreishaushalt Olpe entstanden also fortwährend Aufwendungen. Erträge konnten nicht erzielt werden. Dies alles führt zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses 2023 und folglich zu einer höheren Belastung für die kreisangehörigen Kommunen. Dieser Sachverhalt ist als **unabwendbar** hinzunehmen.

Halter haben nun die Möglichkeit, die GM-Zulassung in eine mit OE-Kennzeichen umzuwandeln. Rechtlich nicht erforderlich, eher ein klassisches Luxusproblem. Dieses Verhalten mit einem mit großer Mehrheit bei nur sechs Gegenstimmen beschlossenen Gebührenverzicht zu unterstützen, ist **nicht nachvollziehbar**.

Dieser Beschluss stellt eine zusätzliche Verschlechterung der Finanzsituation dar. Dass dies nicht in der maximal in der Vorlage angegebenen Höhe eintreten wird, rückt Ihre Entscheidung nicht in ein besseres Licht. Sehenden Auges verlagern Sie Aufwendungen von Gebührenzahlern für eine konkrete Dienstleistung über die Kommunen auf alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Diese kleine Aufzählung zeigt uns und hoffentlich auch Ihnen, dass Sie in Ihrem Denken noch in anderen, scheinbar besseren Zeiten verblieben sind. Bitte führen auch Sie sich das **Ausmaß des aktuellen Desasters** schnellstmöglich vor Augen.

Aufgrund unserer Kritik fragen Sie Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende, wo denn im Kreishaushalt gespart werden soll. Das könnte man tatsächlich auch als demokratischen Prozess bezeichnen. Beteiligung eben. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, da fragen Sie die Falschen. Es gilt der sehr markante Spruch: **„Wer den Teich austrocknen will oder in diesem Fall austrocknen muss, darf nicht die Frösche fragen“**.

Fragen Sie uns – die Verantwortlichen in Städten und Gemeinden und damit mittelbar auch betroffene Einwohnerinnen und Einwohner, „die Frösche“ -, werden wir Ihnen im Regelfall nichts benennen. D. h. nicht,

dass wir nicht sparen wollen oder es nichts zum Sparen gäbe. Aber: Entscheidungen darüber, wen Sie von uns fortan wie belasten oder geringer begünstigen, müssen Sie selbst treffen. Sie sind die Experten für Ihren Haushalt. **Tun Sie bitte das, wofür Sie gewählt wurden! Diese Aufgabe übernehmen wir nicht.**

Natürlich ist es mehr als unbequem keine Wohltaten, sondern Zumutungen verteilen zu müssen. Ich spüre das zz. in Drolshagen am eigenen Leibe. Aufgrund der Belastung durch die Kreisumlage zahlen wir als kleine Stadt im Jahr 2024 2,9 Mio. Euro mehr.

Die Zahl an sich kann man schwer greifen. Daher nun etwas konkreter: Es sind je Einwohnerin bzw. Einwohner – vom Säugling über die Geflüchteten bis zum Greis – 247 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahlung steigt in der mittelfristigen Planung bis 2027 um weitere 2,4 Mio. Euro bzw. 205 Euro je Kopf jährlich an. In Summe also **ab 2027 rd. 450 Euro je Kopf jährlich mehr als 2023. Unvorstellbar! Nicht zu fassen!**

Unsere Ausgleichsrücklage, die wir mit viel Disziplin und guter Konjunktur in den Jahren 2016 – 2023 wieder auf über 12 Mio. Euro „angespart“ haben, wird innerhalb unserer mittelfristigen Finanzplanung nahezu vollständig aufgezehrt. Dies geschieht, obwohl wir an sämtlichen Stellschrauben drehen, die uns möglich sind.

Liquiditätskredite werden während dieser Zeit bereits erheblich anwachsen. Spätestens ab 2028, vermutlich aber bereits deutlich früher, werden immense, zz. öffentlich – trotz ständiger Hinweise aus den Rathäusern – noch nicht wahrgenommene Steuererhöhungen nicht zu vermeiden sein. Für unsere Grundsteuer B in Drolshagen gehe ich allein aufgrund der externen Belastungen (also ohne unser aktuell viel diskutiertes Stadtbad) von einer mittelfristigen Verdoppelung der Steuerlast aus.

## **Ein ähnliches Szenario droht in allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden.**

Aus Gesprächen und Rückmeldungen mit Angehörigen mehrerer Fraktionen dieses Kreistages entnehmen wir eine gewisse Ungehaltenheit und Anspannung.

Es steht Ihnen natürlich frei, Fragen aufzuwerfen und Meinungen zu äußern. Aber: **Zumindest all das, was zu uns durchsickert, geht in die falsche Richtung.**

Die von Ihnen durch Ihren Beschluss ausgelöste Kreisumlage ist in jedem Jahr mit sehr weitem Abstand die stärkste Belastung in jedem unserer kommunalen Haushalte. Insofern kommen wir gar nicht umhin, uns hinweisend und klagend an Sie zu wenden. Gut wäre es, feststellen zu können, dass auch Sie sich mit den Belastungen beschäftigen, die den Haushalt des Kreises Olpe treffen, um ggf. kritische Rückmeldungen an die verursachenden Stellen zu geben.

Dies scheinen Sie aber nicht als Ihre Aufgabe zu empfinden. Sie schauen angeblich nur auf sich, nicht auf andere, also z. B. den Bund oder das Land mit Landschaftsverbänden und Bezirksregierungen. **Hier wären aber die richtigen Adressaten zu finden.** Mehr dazu gleich.

Natürlich hat eine „Sammelbehörde“ wie der Kreis Olpe das Problem zu ermitteln, an der Leistungsfähigkeit welcher seiner Kommunen er sich denn ausrichten soll.

Wie in einer Wandergruppe kann es nicht um den Schnellsten oder in diesem Fall den Finanzstärksten gehen. Auch eine Orientierung am Durchschnitt dürfte verfehlt sein. Ist dauerhaft ein deutliches Leistungsgefälle innerhalb der „Wandergruppe Kreis Olpe“ festzustellen, muss der Kreis stärker die Möglichkeiten der Langsamsten bzw. hier der

Finanzschwächsten berücksichtigen. Alles andere wäre falsch, denn es bedeutet für finanzschwache Städte und Gemeinden **ein durch Ihre Entscheidungen verursachtes „Leben über die Verhältnisse“**.

Sie teilen mit, sich nicht zu erlauben, unsere Haushaltsführungen zu kritisieren - und wünschen sich von uns damit insgeheim dasselbe.

**Zu uns dürfen Sie gerne einmal kommen: Ich lade Sie allesamt ein.**

Wir haben aufgrund unserer miserablen Finanzsituation Mitte des letzten Jahrzehnts sehr viele den Haushalt entlastende Maßnahmen vorangetrieben. Der unterschiedliche Standard, was allein die Gebäude angeht, würde Ihnen sofort ins Auge fallen. Die Stellschrauben, an denen wir drehen mussten, würde ich Ihnen dann ebenfalls präsentieren. **Entsprechende Maßnahmen erwarten wir von Ihnen, denn auch die Haushaltslage des Kreises Olpe ist miserabel!**

Und Sie fragen sich und teilweise auch uns, ob es nicht eine kommunale Neugliederung geben müsste. **Beachten Sie dabei aber bitte, dass die aktuellen Probleme, nicht durch uns hausgemacht sind, sondern sich vor allem in Entscheidungen des Bundes und zum Teil auch des Landes begründen und durch Ihren Beschluss an uns weitergereicht werden.**

Kommunen sind die wichtigste Ebene im Staatsaufbau; viel näher an Bürgerinnen und Bürgern als jede andere. Denken Sie über unser Aufgehen in größeren Strukturen nach, denken Sie unausgesprochen mit darüber nach, unsere Demokratie auszuhöhlen.

Die Ursachen für die aktuellen Probleme sind an anderen Orten zu finden:

**Die Gesellschaft verändert sich, das Klima verändert sich.** Die finanziellen Verwerfungen, die diese Veränderungen mit sich bringen, sind immens. Sie sind in Anfängen spürbar und werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch weitaus größer werden.

Auslöser sind u. a. politische Entscheidungen, die demokratisch legitimiert sind. Soweit so gut. Soweit so richtig. Nicht richtig ist, dass diejenigen, die die „Zeitenwende“ einläuten, diese völlig unzureichend kommunizieren und vor allem nicht sagen, wer sie bezahlen muss.

In der Ampel-Koalition des Bundes bedient jede Farbe die Wünsche ihrer Wähler. Auf Steuererhöhungen wird verzichtet. Dort wird die Schuldenbremse eingehalten. Belastungen werden in großen Teilen an die Bundesländer und die Kommunen durchgereicht.

Das Land NRW wiederum leistet hohe Zuweisungen an die Kommunen. Die wesentlichen Empfänger sind seit Jahrzehnten immer die Gleichen: Sehr viel geht ins Ruhrgebiet. Bei uns hingegen kommt nichts Spürbares von dem angeblichen Mehr an.

Darüber hinaus erfolgt eine Lenkung der Städte und Gemeinden am „goldenen Zügel“, d. h. über Förderprogramme oftmals mit sehr kurzen Antragsfristen, mit Eigenanteilen und natürlich mit Folgekosten.

Wir Bürgermeister erkennen an, dass das allermeiste auch im Haushalt des Kreises Olpe fremdbestimmt und daher von Ihnen allen nicht im größeren Umfang gesteuert werden kann.

Schuld ist u. a. die Umlagesystematik, aber sie ist falsch. **Transparenz und richtige Verortung der Verantwortlichkeiten tut Not. Durch das, was wir jetzt haben, blickt keine Bürgerin und kein Bürger mehr**

**durch.** Stattdessen muss das, was so häufig propagiert wird, auch gelten: **Wer bestellt bezahlt. Wir für die Erledigung unserer Aufgaben. Sie für Ihre. Und Bund und Land ebenso.**

Und wenn doch weiterhin alles über unsere Grundbesitzabgabenbescheide laufen soll, muss zumindest ausgewiesen werden, wer in welcher Höhe die Belastungen verantwortet. Das sollte mit etwas Vorarbeit in einem Zeitalter zunehmender Digitalisierung mit künstlicher Intelligenz keine ganz große Herausforderung sein.

Die Realität sieht leider anders aus: **Alle, Bund, Land, aber auch der Kreis bestellen.** Wir als Städte und Gemeinden trauen uns immer weniger, etwas auf den Weg zu bringen. Ja, es geht sogar noch weiter: Weil es nicht mehr anders geht, sparen wir mittlerweile Dinge ein, die von weiten Teilen der Bevölkerung als selbstverständlich, als Grundversorgung angesehen werden. Gleichzeitig müssen wir das, was zu bezahlen ist, in einem immer größeren Umfang für das Gesamtsystem beim Steuerzahler einsammeln.

**Auf die zukünftigen Reaktionen derjenigen, die immer mehr leisten müssen, dafür aber immer weniger erhalten und auch nicht erklärt bekommen, warum das so ist, dürfen wir alle sehr gespannt sein.**

Die begrenzten Möglichkeiten entlassen den Kreis Olpe nicht aus seiner Verantwortung in den Bereichen, in denen er agieren kann, dies auch zu erkennen und aktiv weitere Verschlechterungen für die finanzielle Situation seiner Kommunen zu unterlassen.

Ich persönlich überlege, für den nächsten Steuerbescheid der Stadt Drolshagen in wenigen Wochen auf einem Beiblatt zumindest für uns selbst und den Kreis Olpe darzustellen, wer zu welchem Anteil Belastungen erzeugt.

Ja, die Steuerhebesätze im Kreis Olpe sind verglichen mit anderen Kommunen in NRW – noch – eher im unteren Bereich. Aber: Grund- und Gewerbesteuer werden nicht in Hebesätzen, sondern in Euro und Cent bezahlt. Die Zahllast berechnet sich stets in Kombination der Steuermessbeträge mit den Hebesätzen.

Wir im Kreis Olpe profitieren in einem erheblichen Umfang von erfolgreichen Unternehmen und einer Gebäudestruktur, die vor allem auf vergleichsweise hoch bewerteten Ein- und Zweifamilienhäusern beruht. D. h. auch wenn die Steuerhebesätze vergleichsweise niedrig sind, ist die Zahllast nicht gleichsam gering.

Darüber hinaus sind unsere sozialen Verhältnisse zwar nicht mehr so gut wie vor Jahrzehnten, aber immer noch deutlich besser als in vielen anderen Teilen Nordrhein-Westfalens. Auch dies trägt dazu bei, dass der Aufwand für den Kreis im Vergleich niedriger ist.

Eine geringere Kreisumlage und damit auch niedrigere Steuerhebesätze sollten die Folge sein und sind es bisher ja auch.

Bitte tun Sie alles dafür, dass dies auch zukünftig so bleibt.

Auch gemeinsam sind wir, - Städte, Gemeinden und der Kreis – aufgefordert, unsere Anstrengungen zu intensivieren. Bereits seit langer Zeit praktizieren wir in vielen Bereichen interkommunale Zusammenarbeit. Über das, was wir aktuell bereits tun, gibt es vor dem Hintergrund zunehmender Digitalisierung weitere Möglichkeiten. Nun gilt es, kurzfristig diese Aufgabenbereiche ausfindig zu machen und intensiv zu prüfen, was geht.

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Kreistages,

wir bitten Sie, unsere Stellungnahme, den geäußerten Einwand und unsere heutigen Hinweise sorgfältig zu prüfen und in Ihre Entscheidungen heute und in Zukunft einzubeziehen. Es geht hier nicht nur um Zahlen, sondern um das **Wohl und die Zukunftsfähigkeit unserer gesamten Region und der hier lebenden Menschen.**

Suchen Sie nach Lösungen, die sowohl den Bedürfnissen des Kreises als auch denen der Städte und Gemeinden gerecht werden.

Im besten demokratischen Sinne hoffen wir auf eine konstruktive und faire Diskussion.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit.